

Hamburg, 2016

Das "Hebammensterben" geht weiter

Die selbstbestimmte Geburt ist weiter in Gefahr. Die Situation der Geburtshilfe ist dramatisch, da immer mehr freie Hebammen aufgeben müssen (Hebammensterben).

Aufgrund drastisch gestiegener Versicherungsprämien könne viele Hebammen die Geburtshilfe nicht mehr wirtschaftlich anbieten und müssen aufgeben. Politiker, Haftpflichtversicherungen, Krankenkassen finden seit Jahren keine Lösung. Diskussionen über regressverzicht der Kassen und zaghafte Maßnahmen wie geringfügig gestiegene Honorierung sind keine echte Hilfe. Wenn mit dem selben Elan wie etwa für Bankenrettungen gearbeitet würde, gäbe es vermutlich schon eine gute Lösung. Womöglich ist eine selbstbestimmte Geburt großen Teilen der Politik und Wirtschaft gar nicht wichtig - die Krankenhausgeburt ist ja eine (trügerische) Alternative. Oft wird das Scheinargument größer Sicherheit im Krankenhaus unter Aufsicht der Ärzte heran geführt. Dabei zeigt der Qualitätsbericht der Gesellschaft für Qualität in der außerklinischen Geburtshilfe e.V., dass Geburten in- und außerhalb von Kliniken ähnlich sicher sind. Bei Geburten zu Hause oder in Geburtshäusern tragen nicht mehr Kinder Schäden davon als in den Kliniken. Eine Geburt sei dann sicher, wenn eine eins-zu-eins-Betreuung gewährleistet ist. Ob eine Geburt außerhalb einer Klinik sicher ist, könnten Hebammen nach wochenlanger Begleitung der Schwangeren besser entscheiden, als ein Arzt.

Inzwischen gibt es nur noch einen Berufshaftpflichtversicherer. Wenn auch dieser aufgibt, kommt das einem Berufsverbot für freiberufliche Hebammen gleich.

Mittlerweile gibt es auf dem Land vielfach keine Alternative mehr zur Klinikgeburt. Auf den Inseln ist es mittlerweile leider teils Standard geworden, dass Frauen bei normaler Geburt mit dem Hubschrauber ins Krankenhaus gebracht werden müssen, weil die Hebammen vor Ort aufgegeben haben.

Ein anderer Vorschlag, der die Arbeit der Hebammen dauerhaft sichern könnte, liegt auf dem Tisch: Einen Haftpflichtfonds, wie es ihn bereits in Österreich und in den Niederlanden gibt. Hebammen bezahlen in Österreich eine Haftpflichtpauschale von 100 Euro im Jahr. Den Rest füllt der Staat auf. Die Geburtshilfe würde so als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gewürdigt und vom Zwang der Wirtschaftlichkeit befreit.

Wie fordern weiter dazu auf, gegen die gegenwärtige unsägliche Entwicklung zu protestieren und die Politik an Ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu erinnern. Wir werden es weiter vehement tun!

Internet: www.vvlw.eu/ E-Mail: [info@vvlw.eu/](mailto:info@vvlw.eu) Tel.: +49 40 257660542 /Fax: +49 40 257660552

Bankverbindung: Postbank, IBAN: DE90 4401 0046 0330 5804 69, BIC: PBNKDEFF

Verein für Verbraucherschutz
und lauterer Wettbewerb e.V.

Internet: www.vvlw.eu/ E-Mail: [info@vvlw.eu/](mailto:info@vvlw.eu) Tel.: +49 40 257660542 /Fax: +49 40 257660552

Bankverbindung: Postbank, IBAN: DE90 4401 0046 0330 5804 69, BIC: PBNKDEFF